



Pressemitteilung

05.03.19

Tarifergebnis 2019 (TV-L) für angestellte Lehrer sehr enttäuschend

275.000 € Gehaltsunterschied werden einfach ignoriert

SchaLL.NRW fordert weiterhin einen Gleichstellungstarifvertrag, der die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ umsetzt.

Die Schutzgemeinschaft angestellter Lehrerinnen und Lehrer (SchaLL.NRW) sieht den Tarifabschluss 2019 als einen weiteren Schlag ins Gesicht einer jeden angestellten Lehrkraft.

Ver.di, GEW und dbb.tarifunion haben bei den Tarifverhandlungen die angestellten Lehrkräfte zum wiederholten Male im Regen stehen lassen.

Der Tarifvertrag ist für die 200.000 angestellten Lehrerinnen und Lehrer bundesweit völlig enttäuschend. Letztendlich ist vor allem eine durchschnittliche jährliche lineare Erhöhung der Gehälter von ca. 2,7 Prozent (gerechnet für die Laufzeit von 33 Monaten) herausgekommen. Durch das Einfrieren der Jahressonderzahlung für vier Jahre auf dem Niveau von 2018 wird der schon geringe Zugewinn weiter gemindert. Wenn man auch noch die Inflationsrate von ca. 2 % abzieht, dann bleibt nicht mehr viel übrig.

„Wann wollen die Arbeitgeber und die Gewerkschaften denn endlich die auf Lebenszeit gerechneten 275.000 € Gehaltsunterschied zwischen angestellten und verbeamteten Lehrkräften ausgleichen? Eine Antwort auf diese Frage sind Arbeitgeber und Gewerkschaften im Kontext der Tarifverhandlungen schuldig geblieben“ sagt Ralf E. Heinrich, Landesvorsitzender der SchaLL.NRW.

Die vereinbarte Erhöhung der Angleichungszulage von mickrigen 75 € für die Entgeltgruppen 9 bis 11 und selbst die nur angestrebte „Paralleltabelle“ sind völlig unzureichende Instrumente, um die Ungerechtigkeiten in den deutschen Lehrerzimmern zu beseitigen.

Das Einfrieren der Jahressonderzahlung (ehemals Weihnachtsgeld) auf dem Niveau von 2018 ist ebenfalls ein ganz besonders starkes Stück, so SchaLL.NRW. Wie können Gewerkschaften so etwas mittragen?

Dieser Tarifvertrag vergrößert erneut die Gehaltsunterschiede zu den verbeamteten Lehrkräften, die Tag für Tag die gleiche Arbeit verrichten, und er zementiert die Ungerechtigkeit des Zweiklassen-Systems an deutschen Schulen.

Mit diesem miserablen Ergebnis lassen sich weder Lehrermangel noch Unterrichtsausfall bekämpfen, da der Öffentliche Dienst der Länder in Konkurrenz steht zu anderen Arbeitgebern, die wesentlich bessere Löhne zahlen.

„SchaLL fordert die Gewerkschaften und die Arbeitgeber auf, ab sofort in Verhandlungen über einen Gleichstellungstarifvertrag einzusteigen, der monatliche Gehaltssteigerungen von mindestens 1000 € brutto für alle Stufen in allen lehrerspezifischen Entgeltgruppen vorsieht“, so Karin Bödeker vom Landesvorstand der SchaLL.NRW.

„Nur so kann die Schere zwischen angestellten und verbeamteten Lehrkräften endlich geschlossen werden.“

KONTAKT:

Rainer Lummer

Pressesprecher der SchaLL.NRW

0171 703 04 38

lummer.schall@googlemail.com

www.schall.nrw